

### **Kinder- und Jugendarmut in Sachsen-Anhalt**

Deutschland ist ein reiches Land, aber nicht alle haben an diesem Reichtum teil. Trotz des hohen allgemeinen Lebensstandards und der guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland liegt die Kinder- und Jugendarmut seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau. Junge Menschen in Sachsen-Anhalt sind im bundesdeutschen Vergleich besonders betroffen. Dabei bedeutet Armut nicht automatisch Hunger oder Obdachlosigkeit. In wohlhabenden Ländern wie Deutschland wird Armut im Vergleich zum Lebensstandard der Bevölkerung gemessen. Dahingehend gelten junge Menschen als armutsgefährdet, wenn sie in einem Haushalt leben, dessen Einkommen weniger als 60 % des mittleren Einkommens beträgt. Das heißt, die Betroffenen können nicht im gleichen Maße wie andere Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Es gibt jedoch genauso wenig den armen jungen Menschen, wie es den jungen Menschen gibt. Junge Menschen sind verschieden und so äußert sich auch von Armut betroffen sein unterschiedlich. Trotzdem gibt es einige Aspekte, die eher auf junge Menschen zutreffen, die von Armut betroffen sind. So führt Armut in der Folge u. a. zu schlechteren Bildungschancen, sozialer Ausgrenzung und gesundheitlichen Problemen.

Besonders dramatisch ist die Situation von jungen Menschen zwischen 14 und 27 Jahren. Kinderarmut hat in den letzten Jahren einige Aufmerksamkeit bekommen. Arme Jugendliche sind hingegen kaum ein Thema. Anders als bei Kindern werden Jugendliche und junge Erwachsene für ihre Situation oft (mit) verantwortlich gemacht. Gleichzeitig wird das Problem heruntergespielt. Dabei liegt die Jugendarmut sogar höher als die Kinderarmut und trifft Betroffene besonders hart. Denn in der Jugendphase sind zentrale Herausforderungen zu bewältigen: Junge Menschen müssen sich bilden, ausprobieren und selbstständig werden. Darüber hinaus müssen richtungsweisende Entscheidungen für das ganze weitere Leben getroffen werden. Von diesen Entscheidungen wiederum ist abhängig, ob eine spätere Teilhabe gelingt.

Kinder- und Jugendarmut lassen sich in der Regel auf die Armut der Sorgeberechtigten zurückführen, wobei einige Personengruppen deutlich häufiger von Armut betroffen sind. Dies sind z. B. Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern, Migrant\*innen und Personen mit geringer Qualifikation. Dabei stehen verschiedene Diskriminierungsfaktoren, wie beispielsweise die Herkunft oder der Bildungsstand, mit der Armut in Wechselwirkung und können sich gegenseitig verstärken. Armut ist nicht selbstverschuldet, sondern durch vielfältige strukturelle Ursachen bedingt. Besonders in den letzten Jahren haben diverse gesellschaftliche Entwicklungsprozesse Kinder- und Jugendarmut befördert. Dazu zählen die Verdrängung des „Normalarbeitsverhältnisses“ zugunsten prekärer Beschäftigungsverhältnisse, aber auch der Abbau des Sozialstaats und die Ablösung der „klassischen Familie“ durch „neue“, vielfältigere Familienformen, die oft über eine deutlich schlechtere finanzielle Absicherung verfügen (z. B. nur eine verdienende Person). Neben diesen strukturellen Ursachen wirken vergangene und aktuelle Krisen als Brennglas für die Kinder- und Jugendarmut und spitzen die Situation weiter zu. Durch Krisen werden von Armut bedrohte oder betroffene Menschen oft ärmer und zugleich verschärfen sich durch Krisen auch die Folgen der Armut. Insbesondere, da es bei den Betroffenen um die eigene Existenz geht, muss das Thema Armut bei der Krisenbewältigung immer als Querschnittsthema mitgedacht werden.

Als Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. setzen wir uns gegen die Individualisierung und Stigmatisierung von Armut ein. Arme Eltern sind keine schlechten Eltern. Es ist bewiesen, dass arme

Eltern eher selbst Verzicht üben und versuchen, einen „Schutzraum“ für ihre Kinder zu bilden, statt ihren Kindern etwas vorzuenthalten. Aussagen, wie: „Jugendliche sind selbst schuld, wenn sie keinen Ausbildungsplatz finden.“, lassen die strukturellen Ursachen außer Acht und individualisieren die Armutsproblematik.

Kinder- und Jugendarmut betreffen alle Lebensbereiche von jungen Menschen und müssen daher mehrdimensional durch Politik und Gesellschaft in den betroffenen Handlungs- und Lebensfeldern bekämpft werden. Um langfristig Verbesserungen zu erreichen, müssen dabei neben der Bundespolitik auch Landes- und Kommunalpolitik mehr Verantwortung übernehmen.

## **Familie**

Familien, in ihren vielfältigen Erscheinungsformen, sind der Lebensmittelpunkt von jungen Menschen. Da Kinder und Jugendliche selbst in der Regel kein Erwerbseinkommen haben, sind Kinder- und Jugendarmut in erster Linie Familienarmut und müssen im Zusammenhang mit der familiären Situation betrachtet werden. Damit junge Menschen nicht in Armut aufwachsen, braucht es daher allen voran eine Absicherung der Einkommensverhältnisse der Sorgeberechtigten. Gleichzeitig müssen in jeder Lebenssituation der Sorgeberechtigten – beispielsweise bei Verlust der Erwerbstätigkeit – auch die Grundbedarfe von Kindern abgedeckt sein. Aktuell decken z. B. die Regelsätze im SGB II und SGB XII nicht das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen ab. Zusätzliche Unterstützungsleistungen, wie das Bildungs- und Teilhabepaket, sind in der Höhe nicht ausreichend und in der Beantragung zu kompliziert. Zur Verbesserung der Situation in armen Familien **fordern wir daher:**

### **Kinder- und Jugendgrundsicherung einführen!**

Um das soziokulturelle Existenzminimum aller jungen Menschen unabhängig von der finanziellen und der Erwerbssituation der Eltern abzusichern, braucht es eine bedarfsgerechte Kinder- und Jugendgrundsicherung. Diese muss als unbürokratische Leistung garantiert und ausgezahlt werden. Dabei sollte die Höhe in einem sachgerechten Verfahren, an dem auch junge Menschen beteiligt sind, ermittelt und automatisch regelmäßig fortgeschrieben werden. Als Übergang zur Einführung dieser Grundsicherung muss der Abruf der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket entbürokratisiert werden. Die Mittel müssen zudem erhöht und dynamisiert werden.

### **Einkommensverhältnisse der Familie absichern (Bund)**

Zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut ist es zentral, die Einkommensverhältnisse von den Personen zu verbessern, die für junge Menschen sorgen. Hierfür müssen zur Sicherung armutsfester Löhne prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden. Mögliche Ansatzpunkte sind hier die Tarifgebundenheit aller Arbeitsverhältnisse sowie ein gesetzlicher Mindestlohn, der es ermöglicht, dass Arbeitsverhältnisse das Existenzminimum decken. Zudem braucht es ein gerechtes Steuersystem, das darauf ausgerichtet ist, soziale Ungleichheiten abzubauen. Weitergehend muss Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern hergestellt werden. Um Armut von Sorgeberechtigten entgegenzuwirken, muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. In Kombination mit einer Kinder- und Jugendgrundsicherung sichern diese Maßnahmen die finanzielle Lage von Familien.

### **Familienberatung fördern (Land)**

Arme Kinder und Jugendliche erleben häufig multiple Belastungen, auch in der Familie. Um Familien in allen Lebenslagen zu unterstützen, benötigen junge Menschen und ihre Eltern ausreichend niedrigschwellige und professionelle Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Angebote müssen auch in ländlichen Räumen, beispielsweise durch die Schaffung mobiler Angebote, zugänglich sein.

### **Erholung für Familien! (Land)**

Verreisen und neue Orte erkunden, um einfach mal Abstand zum Alltag zu bekommen, ist nicht für alle Menschen selbstverständlich. Umso wichtiger sind Angebote der Familienerholung, die gemeinsame Zeit als Familie ermöglichen. In Sachsen-Anhalt sind diese mit Bildungsangeboten verbunden. Die Wichtigkeit dieser Angebote muss anerkannt und durch das Land bedarfsgerecht unter Beteiligung der Nutzer\*innen ausgebaut werden.

### **Kindertageseinrichtungen**

Kinderarmut gehört auch in Kindertageseinrichtungen zum Alltag und stellt die Fachkräfte vor Ort vor große Herausforderungen. Es ist wichtig, die Entwicklung betroffener Kinder positiv zu beeinflussen. Hierfür sind armutssensible Konzepte sowie eine professionelle Elternarbeit unerlässlich. Damit Fachkräfte armutssensibel handeln können, brauchen sie vor allem strukturelle Sicherheit. Gute Einrichtungskonzepte nehmen jedes Kind mit seinen Stärken, Förderbedarfen und seiner Lebenslage in einen individuellen Blick. Weitergehend sind einfühlsame Elterngespräche ein wichtiges Instrument. Zur Unterstützung der Kindertageseinrichtungen hin zu armutssensiblen, belastungsstarken Institutionen **fordern wir**:

### **Fachkräfte in Kitas stärken! (Land/Kommune)**

Alle Kinder sollen sich in den Kitas wohlfühlen. Daher ist es notwendig, dass das Thema Armut in die Konzeptentwicklung von Kindertageseinrichtungen einfließt. Fachkräfte müssen armutssensibel handeln, um Teilhabehürden zu erkennen, abzubauen und gegebenenfalls betroffene Kinder und Eltern zu empowern. Hierfür braucht es qualifiziertes Personal, das genügend Zeit hat, um sich den zusätzlichen Herausforderungen zu stellen. Hierfür ist ein guter Betreuungsschlüssel eine wesentliche Voraussetzung, an der es in der Praxis oft scheitert. Doch in der frühen Fremdbetreuung sind für die gesunde Entwicklung kleiner Kinder Verlässlichkeit und Qualität von überaus großer Bedeutung. Um dies sicherzustellen, sollte die Arbeit in multiprofessionellen Teams sowie der Einsatz von Sozialarbeiter\*innen in jeder Einrichtung möglich sein.

### **Hochwertige Kinderbetreuung für alle! (Land/Kommune)**

Um eine gerechte Situation für alle Familien herzustellen, sehen wir eine flächendeckende Beitragsfreiheit als Idealziel. Dies darf aber unter keinen Umständen zu Lasten der Betreuungsqualität gehen. Denn allen voran bedarf es gut ausgestatteter Kitas mit qualifiziertem Personal. Daher sehen wir den Handlungsbedarf aktuell in der Erhöhung bzw. Stabilisierung des Betreuungsschlüssels sowie in regelmäßigen Fortbildungen der Fachkräfte. Gleichzeitig braucht es ausreichend finanzielle Mittel für eine gesunde Verpflegung aller Kinder und für die Anschaffung von pädagogischem Material. Solange es keine flächendeckende Beitragsfreiheit gibt, sollten die Kosten für Familien in besonderen Belastungssituationen übernommen werden.

## Schule

Junge Menschen, die in Armut leben, haben häufiger eine problembehaftete Schulzeit. Bereits vor der Einschulung zeigen Betroffene häufig Verzögerungen in der frühkindlichen Entwicklung. Gleichzeitig wird Armut zuweilen auch mit benotet. Das bedeutet, arme Kinder bekommen bei gleicher Leistung schlechtere Noten und gegebenenfalls keine Empfehlung z. B. für ein Gymnasium. Folgen von Armut können also schlechtere Durchschnittsnoten, häufigere Klassenwiederholungen und schlussendlich Schulabbrüche sein. Dies gilt unabhängig vom Bildungsniveau der Eltern, womit Armut maßgeblich die Bildungschancen beeinflusst. Gleichzeitig spielt Bildung jedoch auch eine wichtige Rolle für junge Menschen, um aus der Armut auszubrechen. Um eine gute Bildung unabhängig von der Herkunft zu ermöglichen, **fordern wir**:

### **Armutssensibilität im Schulsystem erhöhen (Land)**

Die Herkunft von Schüler\*innen sollte keine Rolle bei der Benotung spielen. Um Teilhabehürden zu erkennen und zu begegnen, bedarf es u. a. eines hohen Maßes an Vorurteilsbewusstsein, Ressourcenorientierung sowie eines Grundlagenwissens über Armut. Lehrende benötigen ausreichend Zeit, um diese Herausforderungen zu bewältigen und gegebenenfalls nötigen Fortbildungsbedarfen nachzukommen. Hierfür ist es zwingend notwendig, den Lehrkräftemangel im Land angemessen anzugehen. Weitergehend sollten Lehrende von zusätzlichen Verwaltungsaufgaben entlastet werden, damit diese mehr Zeit mit und für Schüler\*innen verbringen können.

### **Schulsozialarbeit bedarfsgerecht verstetigen (Land)**

Schulsozialarbeit muss in Sachsen-Anhalt Ländersache bleiben und klar, verbindlich und dauerhaft gefördert werden, um Bildungsungleichheit entgegenzuwirken und jungen Menschen unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund Unterstützung bei ihrer Entwicklung zukommen zu lassen. Als Vertrauensperson in der Schule ist die Schulsozialarbeit auch Türöffner in die Jugendhilfe. Sie verfügt über das nötige Wissen, um dort, wo notwendig, weitergehende Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten für junge Menschen oder das System Schule aufzuzeigen.

### **Lernmittelfreiheit für Schüler\*innen! (Land)**

Leihgebühren und finanzielle Eigenanteile stellen zusätzliche Bildungshürden für Armutsbetroffene dar. Daher bedarf es für Sachsen-Anhalt einer vollen Lernmittelfreiheit, d. h. alle notwendigen Lehrmaterialien wie Bücher, Arbeitshefte, Stifte, technische Geräte und Software müssen für alle Schüler\*innen zur Verfügung gestellt oder erstattet werden. Eine Teilnahme an Schulaktivitäten muss unabhängig vom Geldbeutel gewährleistet sein.

### **Intensivere Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit fördern (Land/Kommune)**

Durch eine stärkere Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit profitieren alle Seiten. Das Inhaltsspektrum der Jugendarbeit bereichert den Schulalltag und die Jugendarbeit erreicht größere Personengruppen. Schüler\*innen gewinnen neue Lernerfahrungen sowie Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung. Gleichzeitig bestehen über die niedrigschwelligen Zugangsmöglichkeiten der Jugendarbeit zusätzliche Hilfestellungen bei Problemsituationen sowie Räume, um über Ängste und Sorgen zu sprechen. Daher müssen das Land und die Kommunen eine intensivere Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit fördern.

## **Berufs- und Studienorientierung an Schulen (Land/Kommune)**

Damit der Übergang in eine Ausbildung oder ins Studium gelingt, braucht es umfassende Orientierungsangebote sowie Verweisberatung an Schulen. Insbesondere für junge Menschen in Armut ist es wichtig, dass diese Angebote auch Informationen zu Finanzierungsmöglichkeiten, wie etwa dem BAföG, der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder mögliche Stipendien, enthalten.

Weiterhin muss das landesweite Berufsorientierungskonzept Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren (BRAFO) verbindlich auch für Gymnasien eingeführt werden, bisher gilt es nur für Hauptschulen, Gemeinschafts- und Gesamtschulen sowie Sekundarschulen.

## **Kostenloses Schulessen (Land/Kommune)**

Viele von Armut betroffene Kinder und Jugendliche haben nicht das Geld, um in der Schule ein Mittagessen zu kaufen. Bestehende Kostenerstattungssysteme sind oft unverständlich und mit viel Aufwand verbunden. Damit alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit auf eine gesunde Verpflegung in der Schule haben, sollte das Schulessen kostenlos angeboten werden. Zugleich sollten auch die Qualitätsstandards für gutes Schulessen der „Deutschen Gesellschaft für Ernährung“ (DGE) sichergestellt sein.

## **Ausweitung des Schüler-BAföG**

Der Bildungsweg entscheidet sich nicht erst an Hochschulen. Bisher ist es Schüler\*innen nur möglich, BAföG zu erhalten, wenn sie nicht mehr zuhause wohnen und einen eigenen Haushalt führen. Jedoch kann bereits die Entscheidung für ein Abitur von der finanziellen Situation abhängen. Daher sollte es auch Schüler\*innen, die noch zuhause wohnen, ab der 10. Klasse möglich sein, BAföG zu bekommen.

## **Ausbildung**

Der größte Teil junger Menschen, die die unterschiedlichen Schulformen Sachsen-Anhalts verlassen, beginnen eine duale Ausbildung, eine Pflegeausbildung oder eine Ausbildung in einem der landesrechtlichen Ausbildungsberufe im Gesundheits-, Sozial- oder Erziehungswesen. Jedes Jahr befinden sich aber auch tausende junge Menschen in Warteschleifen des so genannten Übergangsbereichs. Diese wichtigen Schritte auf dem Weg ins Arbeitsleben stellen unterschiedliche Weichen für die zukünftige Einkommenssituation der jungen Menschen. Das Einkommensgefüge und damit auch potenzielle Armutslagen junger Menschen sind in der Ausbildung sehr unterschiedlich. **Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. fordert daher:**

## **Existenzsichernde Ausbildungsvergütungen (Bund)**

Junge Menschen in der dualen Ausbildung, aber auch in der Pflegeausbildung erhalten sehr unterschiedliche Ausbildungsvergütungen. Alle liegen unter dem Mindestlohniveau. Dennoch findet in der Ausbildung ein wichtiger Schritt der Verselbständigung junger Menschen statt. Um Einkommensarmut schon hier zu bekämpfen, fordern wir die Ausbildungsbetriebe auf, existenzsichernde Ausbildungsvergütungen zu zahlen. Die Bundesregierung muss ihren Teil dazu beitragen und die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung entsprechend anheben.

## **Ausbildungsvergütungen auch für soziale Ausbildungsberufe (Bund/Land)**

Die Ausbildung zur Erzieher\*in oder auch in anderen Ausbildungsberufen im Gesundheits-, Sozial- oder Erziehungsbereich muss man sich leisten können. Vergütungen werden in der Regel nicht gezahlt, vielmehr müssen die jungen Menschen oder ihre Sorgeberechtigten Schulgeld zahlen. Wir fordern die

generelle Abschaffung des Schulgeldes und die Zahlung von existenzsichernden Ausbildungsvergütungen für diese Bereiche.

### Studium

Strukturelle Armut von Studierenden ist in Deutschland ein großes Problem, das in den letzten Jahren immer drängender wurde. Gerade ein Studium bringt junge Menschen häufig zum ersten Mal in Armut oder stellt von Armut Betroffene vor neue Herausforderungen. Dabei wird die Armut von angeblich besonders privilegierten Studierenden gerne relativiert. Doch auch junge Menschen im Studium haben ein Recht darauf, sich der finanziellen Abhängigkeit von ihren Eltern zu entziehen und selbstbestimmt im eigenen Hausstand zu wohnen. Das soziale Sicherungssystem des BAföG erfüllt dahingehend immer weniger seinen Zweck. Selbst etwas dazuverdienen ist oft nicht möglich, da die Belastung und die vorgesehenen Aktivitäten in vielen Studiengängen häufig keinen Nebenjob zulassen. Der individuelle Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängen. **Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. fordert daher:**

#### **BAföG-Bedarfssätze erhöhen (Bund)**

Der aktuelle BAföG-Satz deckt das Existenzminimum nicht ab. Das gilt insbesondere dort, wo Lebenshaltungskosten teurer sind. Die Bedarfssätze müssen deutlich angehoben werden. Um einen inflationsbedingten Kaufkraftverlust auszugleichen, sollte die Anhebung automatisch und regelmäßig fortgeschrieben werden.

#### **BAföG als Vollzuschuss gewähren (Bund)**

Der Darlehenscharakter des BAföG führt dazu, dass Studierende oftmals mit Schulden in das Berufsleben starten. Die Angst vor einer Verschuldung schreckt insbesondere sozial Benachteiligte vor einem Antrag und damit mitunter von einem Studium ab. Für eine sozial gerechte Studienfinanzierung muss das BAföG als Vollzuschuss gewährt werden.

#### **Verbesserung der Reichweite des BAföG (Bund)**

Der Kreis der Förderberechtigten sinkt kontinuierlich. Gleichzeitig steigt die Zahl der Studierenden insgesamt. Um wieder mehr Studierende, vor allem aus Familien aus der unteren Mittelschicht, zu erreichen, müssen die Freibeträge bei den Elterneinkommen deutlich erhöht werden. Diese Freibeträge müssen verbindlich regelmäßig angepasst werden. Alternativ könnte das BAföG ganz oder teilweise elternunabhängig gestaltet werden.

#### **Anpassung der Bezugsdauer des BAföG an die Lebensrealität von Studierenden (Bund)**

Der Abschluss eines Studiums in Regelstudienzeit entspricht nicht der Lebensrealität vieler Studierenden, insbesondere wenn diese zusätzlich einen Nebenjob ausüben (müssen). Der plötzliche Wegfall des BAföG zum Ende der Studienzeit stellt Studierende vor große Herausforderungen und verschärft die Armutsproblematik. Die maximale Bezugsdauer sollte daher für alle um mindestens zwei Semester erhöht werden.

### Arbeit

Das Einkommen von Eltern/Sorgeberechtigten beeinflusst potenzielle Armutslagen von Kindern und Jugendlichen am stärksten. Sachsen-Anhalt gilt als Bundesland mit geringer Tarifbindung und

unterdurchschnittlichen Löhnen, gleichzeitig ist der öffentliche Sektor der größte Arbeitgeber im Land. Die aktuelle Reform und Anhebung des Mindestlohns wird sicherlich positive Effekte auf das Lohngefüge haben, aber dennoch braucht es armutsfeste Löhne, um jungen Menschen bessere Aufwachsens-Bedingungen zu garantieren. **Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. fordert daher:**

### **Tarifbindung stärken, Tarif fördern und Vergabe an Tarife binden (Land)**

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände verhandeln in der Sozialpartnerschaft die Löhne für einzelne Betriebe, aber auch für ganze Branchen. Viele Arbeitgeber\*innen sind aber nicht mehr in Arbeitgeberverbänden organisiert oder weigern sich, sich an Tarifen zu orientieren. Sie müssen sich ihrer Verantwortung auch für die Kinder ihrer Beschäftigten bewusst sein. Weiterhin ist die Öffentliche Hand durch Förderungen oder Auftragsvergaben, z. B. an die freie Jugendhilfe oder Reinigungsunternehmen, in der Lage, auch dort Tarife durchzusetzen und Löhne armutsfest zu machen, wenn sie entsprechend tarifliche Bezahlung unterstützen.

### **Mindestlohn auch für junge Menschen (Bund)**

Der Mindestlohn steigt und das ist auch gut so. Aber es gibt zahlreiche Ausnahmen, die insbesondere junge Menschen betreffen, wie z. B., dass der Mindestlohn erst ab 18 Jahren gilt. Wir finden, das kann nicht sein, denn es gibt zahlreiche Jugendliche, die trotz Minderjährigkeit arbeiten gehen. **Wir fordern** die Abschaffung aller Ausnahmeregelungen vom Mindestlohngesetz.

### **Freizeit**

Armut beeinflusst maßgeblich die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Der Kinobesuch mit Freund\*innen, die Klassenfahrt, die Vereinsmitgliedschaft, der Internetzugang oder ein Ausflug mit der Familie – all dies kostet Geld und ist für Betroffene nicht immer möglich. Der Umstand, nicht überall mitmachen zu können, kann Scham verursachen und auf Betroffene sozial isolierend wirken. Um jungen Menschen in Armut eine normale Freizeitgestaltung zu ermöglichen und sozialen Rückhalt zu geben, **fordert der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.:**

### **Kinder- und Jugendarbeit fördern! (Land/Kommune)**

Junge Menschen können in Einrichtungen und bei Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit selbstbestimmt ihre Freizeit und Ferienzeiten verbringen. Sie können junge Menschen zudem stärken und unterstützen. Dabei bieten Kinder- und Jugendarbeit u. a. für von Armut Betroffene über niedrige Zugangsmöglichkeiten Hilfestellungen bei Problemsituationen. Sie bieten Raum, um über Ängste und Sorgen zu sprechen. Die überwiegend kostenfreien Angebote tragen auch zu einer Linderung der Armutsfolgen bei und ermöglichen gemeinsame Freizeitaktivitäten mit Gleichaltrigen und damit ein Stück Normalität. Damit es weiterhin Jugendclubs und Jugendverbände als Anlaufpunkte für alle jungen Menschen gibt, müssen diese sowie ihre Maßnahmen (Ferienfreizeiten, Projekte, regelmäßige Angebote) bedarfsgerecht durch das Land und die Kommunen gefördert werden.

### **Jugendbildung fördern (Land)**

Angebote der Jugendbildung und der Internationalen Jugendbegegnung ermöglichen Bildungserfahrungen jenseits von schulischem Druck und Vorgaben. Sie können dazu beitragen, neue Erfahrungen zu sammeln, eigene Stärken zu erkennen und positive Bildungserfahrungen zu machen. Der Zugang zu außerschulischer Bildungsarbeit darf daher nicht vom Einkommen der Sorgeberechtigten abhängen. Bildungsorte (z. B. Jugendbildungsstätten) sowie Bildungs- und

Begegnungsmaßnahmen müssen so ausfinanziert sein, dass alle Teilnehmenden sich eine entsprechende Teilnahme auch leisten können.

### **Kinder- und Jugendarbeit armutssensibel gestalten (Land/Kommune)**

Angebote der Kinder- und Jugendarbeit müssen niederschwellig und armutssensibel gestaltet werden, damit der Zugang wirklich für alle gewährleistet ist. Teilhabebarrrieren sind vielfältig und umfassen beispielsweise Teilnehmer\*innen- und Mitgliedsbeiträge, Kosten für Sportausrüstung und Fahrkosten. Um die Armutssensibilität in der Kinder- und Jugendarbeit zu fördern, sollte diese als Teil des Leitbilds in den Einrichtungen und Verbänden verankert werden. Damit Teilhabebarrrieren erkannt und abgebaut werden, muss insgesamt die Armutssensibilität der Fachkräfte erhöht werden. Hierfür bedarf es entsprechender Qualifizierungsangebote.

### **Vergünstigte bzw. kostenfreie Kultur- und Freizeitangebote für junge Menschen (Land/Kommune)**

Alle jungen Menschen sollten die Möglichkeit haben, an Kultur- und Freizeitangeboten teilzuhaben. Daher sollten diese für junge Menschen kostenfrei oder vergünstigt angeboten werden. Der Zugang zu gutem Internet (beispielsweise kostenlose flächendeckende WLAN-Hotspots) gehört dabei gleichfalls dazu.

### **Wohnen**

Endlich selbstbestimmt in der ersten eigenen Wohnung leben ist für viele junge Menschen ein wichtiger Schritt in die Selbstständigkeit. Doch ist die Wohnungssuche für von Armut betroffene Jugendliche sehr viel schwerer. Wenn überhaupt eine günstige Wohnung zu finden ist, braucht es einen Einkommensnachweis oder eine Bürgschaft der Eltern, um diese mieten zu können. Hinzu kommen hohe Kosten für den Umzug und die Kautions. Dies ist für arme Familien trotz Unterstützungsleistungen oft nicht leistbar. Besondere Schwierigkeiten auf dem Weg in die Unabhängigkeit bestehen für junge Menschen unter 25 Jahren, die Arbeitslosengeld II beziehen. Diese benötigen, um ausziehen zu können, die Zustimmung des Jobcenters. Für eine solche Zustimmung müssen entweder schwerwiegende soziale Gründe vorliegen oder der Auszug muss notwendig für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt sein. Junge Menschen sollten sich unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern eine eigene Wohnung leisten können. **Darum fordert der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.:**

### **Auszug aus dem Elternhaus für junge Menschen im ALG-II-Bezug ermöglichen (Bund)**

Auch junge Menschen unter 25 Jahren haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung. Die diskriminierende Sonderregel im SGB II, die unter 25-Jährigen nur bei besonderen Gründen einen Auszug ermöglicht, sollte daher abgeschafft werden.

### **Niedrigschwellige Beratungsangebote für Menschen in Wohnungsnot (Land/Kommune)**

Um jungen Menschen aus der Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit zu helfen bzw. dem präventiv entgegenzuwirken, braucht es niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote in den Kommunen.

### **Förderung von bezahlbarem Wohnraum (Land/Kommune)**

Damit Familien nicht in beengten Wohnverhältnissen leben müssen und jungen Menschen auch in Zukunft Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in der eigenen Wohnung möglich ist, muss dringend bezahlbarer Wohnraum gefördert werden. Hier sind allen voran die Kommunen als zentrale



Akteur\*innen in der Verantwortung, aber auch das Land Sachsen-Anhalt sollte den sozialen Wohnungsbau fördern. Dabei bedarf es insbesondere attraktiver (!), flächendeckender Wohnungen speziell für Auszubildende und Studierende sowie ausreichend Wohnraum für Familien mit Kindern.

### **Hilfen zur Erziehung**

Junge Menschen, die in stationären, teilstationären oder ambulanten Einrichtungen oder Pflegefamilien aufwachsen, sind besonders von Armut bedroht und müssen sich gleichzeitig zusätzlichen Herausforderungen stellen. Allen voran fehlt es oft an Unterstützung von Eltern oder Angehörigen, wodurch der Start in ein eigenständiges Leben erschwert wird. Zudem müssen junge Menschen, die in der stationären Jugendhilfe eine Ausbildungs- oder Berufsvergütung bekommen, im Rahmen der sogenannten Kostenheranziehung einen Teil ihres Einkommens abgeben. Als Folge sind die Heranwachsenden in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt und können kein Geld ansparen, um ihre Situation zu verbessern. Die Finanzierung von zukunftsentscheidenden Dingen, wie einer eigenen Wohnung oder eines Führerscheins, ist dadurch deutlich erschwert. Damit sich die Armut nicht nach dem Ende der Jugendhilfe fortsetzt, bedarf es für sogenannte Careleaver besonderer Unterstützungsmaßnahmen beim Übergang ins Erwachsenenleben. Denn der Übergang in ein eigenständiges Leben kann selbst junge Erwachsenen aus stabilen Verhältnissen schnell überfordern. Um die Situation von jungen Menschen im System der Jugendhilfe zu verbessern, **fordern wir:**

### **Kostenheranziehung für Heim- und Pflegekinder abschaffen (Bund/Land/Kommune)**

Die Kostenheranziehung widerspricht dem Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe, junge Menschen darin zu unterstützen, sich zu einer selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entwickeln, und erschwert jungen Menschen in prekären Lebenslagen erheblich den Start in ein eigenständiges Leben. Daher sollte die Kostenheranziehung für junge Menschen im SGB VIII gänzlich abgeschafft werden. Solange keine bundesgesetzliche Regelung besteht, müssen Land oder Kommunen hier proaktiv tätig werden und gemäß ihrer regionalen Zuständigkeit die Kostenheranziehung aussetzen.

### **Verbesserung der Situation von Careleavern (Bund/Land/Kommune)**

Der Übergang ins Erwachsenenleben von jungen Menschen, die in stationären, teilstationären oder ambulanten Einrichtungen oder Pflegefamilien betreut werden, ist von vielen Herausforderungen geprägt. Die Rechte von sogenannten Careleavern wurden durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz 2021 zuletzt wesentlich gestärkt. Nun bedarf es einer konsequenten und professionellen Umsetzung der Übergangsplanung und Nachbetreuung auf kommunaler Ebene. Hierfür braucht es auch eine gute Vernetzung der Angebote und Sozialleistungsbereiche (u. a. Jugendhilfe, Wohnungsamt, Jobcenter, Beratungen) auf kommunaler Ebene. Die Übergangsstrukturen müssen niedrigschwellig gestaltet sowie sicher finanziert sein und müssen auch in ländlichen Räumen gut erreichbar zur Verfügung stehen.

### **Schaffung von Heimräten (Land/Kommune)**

Junge Menschen sollten in all ihren Lebensbereichen mitbestimmen dürfen, auch und insbesondere in Jugendheimen. Die Einführung von Heimräten als verpflichtende Mitbestimmungsstruktur in stationären und teilstationären Einrichtungen sowie der Aufbau und die Unterstützung eines Landesheimrates sind daher zwingend notwendig und durch das Land und die Kommunen entsprechend (auch finanziell und personell) zu fördern.

## **Mobilität**

Mobilität entscheidet oft darüber, ob junge Menschen sich mit Freund\*innen treffen, den nächsten Jugendclub besuchen oder an kulturellen Veranstaltungen teilhaben können. Junge Menschen in Armut sind jedoch häufig in ihrer Mobilität eingeschränkt. Viele arme Familien haben kein Geld für ein eigenes Auto oder für regelmäßige Fahrten mit dem ÖPNV. Gleichzeitig sind junge Menschen schon allein wegen ihres Alters oft auf öffentliche Verkehrsmittel oder das Fahrrad angewiesen. Im Flächenland Sachsen-Anhalt ist die Mobilität in ländlichen Räumen durch lange Wege und einen schlechten ÖPNV zudem häufig zusätzlich erschwert. Dies gilt nicht nur für die Freizeit, sondern auch für die Fahrt zum (Ausbildungs-)Betrieb. Für Chancengleichheit hinsichtlich der Mobilität **fordern wir daher:**

### **Kostenloser ÖPNV für junge Menschen (Land/Kommune)**

Die Mobilität und die damit verbundenen Teilhabemöglichkeiten von jungen Menschen dürfen nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängen. Daher muss der öffentliche Nahverkehr allen jungen Menschen kostenlos zur Verfügung stehen.

### **Verbesserung der Taktung von Bus und Bahn (Land/Kommune)**

Fehlende Verfügbarkeit und unregelmäßige Fahrtzeiten sorgen dafür, dass der ÖPNV oft keine gute Alternative zum Auto darstellt. Allerdings sind gerade junge Menschen in Armut in ihrer Mobilität auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Daher braucht es eine deutliche Takterhöhung, vor allem an den Wochenenden sowie in den Abend- und Nachtstunden. Dies gilt insbesondere für ländliche Räume. Ein verbesserter öffentlicher Nahverkehr würde dabei nicht nur jungen Menschen in Armut zugutekommen.

### **Sicheren Radverkehr durch Aus- und Umbau von Radwegen ermöglichen (Land/Kommune)**

Radfahren ist für junge Menschen eine elternunabhängige, selbstbestimmte und preisgünstige Form der Mobilität. Damit junge Menschen selbstbestimmt das Fahrrad nutzen können, müssen Kommunen und das Land bestehende Strecken auf Sicherheit prüfen, Mängel beheben und Strecken ausbauen. Gleichzeitig müssen die Bedarfe junger Menschen bei der Verkehrsplanung stärker berücksichtigt werden.

## **Beteiligung**

Armut bedeutet nicht nur, kein Geld zu haben, sondern auch Ausgrenzung vom politischen und gesellschaftlichen Leben. Die Chance auf Beteiligung hängt direkt mit der eigenen Herkunft zusammen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. So ist Beteiligung oft eine Ressourcenfrage, denn Kosten – beispielsweise für die Anfahrt, Teilnehmenden- bzw. Mitgliedsbeiträge oder für notwendige technische Geräte – stellen für junge Menschen ohne Geld teils unüberwindbare Hürden dar. Zudem kann der für junge Menschen zur Finanzierung des Lebensunterhalts notwendige Nebenjob zeitliche Kapazitäten stark einschränken. Auch braucht es für Beteiligung Wissen und Informationen, die jungen Menschen in Armut durch fehlende soziale Netzwerke und ungleiche Bildungschancen oft fehlen. In der Folge sind Betroffene seltener ehrenamtlich in Vereinen oder politisch aktiv und haben dadurch weniger Möglichkeiten, ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Um die Beteiligung und damit letztlich auch die soziale Inklusion von jungen Menschen in Armut zu verbessern, **fordert der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V.:**

### **Partizipation armutssensibel gestalten (Bund/Land/Kommune)**

Junge Menschen müssen unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status Möglichkeiten zur Beteiligung haben. Um dies zu ermöglichen, müssen die verschiedenen Formen der Partizipation armutssensibel gestaltet werden. Dies kann bedeuten, dass alle Kosten zur Teilnahme an einer Partizipationsveranstaltung übernommen werden. Dabei ist es auch wichtig, eine Beteiligung kontinuierlich zu ermöglichen, nicht nur punktuell. Die Ansprache muss so gestaltet sein, dass sie alle jungen Menschen, auch jene, die von Armut betroffen sind, erreicht und anspricht. Sie muss zudem so strukturiert sein, dass sie Betroffene mitnimmt und nicht ungewollt outet oder stigmatisiert. Partizipationsprozesse müssen gezielt Bedürfnisse von jungen Menschen in Armut thematisieren (z. B. Eintrittspreise), damit die gefundenen Lösungen auch zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen.

### **Stärkung der Selbst- und Interessenvertretungen (Bund/Land/Kommune)**

Selbst- und Interessenvertretungen mit jungen Menschen und für junge Menschen, wie beispielsweise Jugendringe, sollten von Politik und Verwaltung anerkannt und einbezogen werden. Hierzu gehört auch eine kontinuierliche finanzielle Unterstützung dieser Strukturen. Zudem sollten gezielt Interessenvertretungen unterstützt werden, in denen sich von Armut besonders betroffene Gruppen organisieren. Hierzu gehört die Einrichtung von Heimräten, wie auch die Einbeziehung und Förderung von Migrant\*innenjugendselbstorganisationen.

### **Konsequente Demokratiebildung in KITA und Schule (Land/Kommune)**

Zur Schaffung eines gleichen Wissensstands über Möglichkeiten zur Beteiligung unter jungen Menschen bedarf es einer konsequenten Demokratiebildung in KITA und Schule. Dazu gehört auch, frühzeitige Möglichkeiten der Mitbestimmung zu etablieren und so ein aktives Lernen von Partizipation zu ermöglichen. Die Personen, die diese Strukturen begleiten, müssen armutssensibel handeln und ausschließende Mechanismen erkennen und ihnen entgegenwirken.

### **Gesundheit**

Armut hat erhebliche negative Folgen für die Gesundheit von jungen Menschen. So wirken sich andauernde Armutserfahrungen negativ auf die psychische Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden aus. Doch auch auf die körperliche Gesundheit gibt es negative Auswirkungen. Beispielsweise sind junge Menschen in Armut häufiger von Fettleibigkeit betroffen. Dies hängt auch damit zusammen, dass Betroffene öfter ein riskantes Gesundheitsverhalten zeigen: Sie sind seltener sportlich aktiv, schauen häufiger fern, essen ungesünder und konsumieren deutlich häufiger Zigaretten und Alkohol. Hinsichtlich des besonderen Handlungsbedarfes zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit **fordern wir daher:**

### **Förderung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention für junge Menschen in Armut (Bund/Land)**

Alle jungen Menschen sollten die gleichen Chancen auf ein gesundes Leben haben. Aufgrund der Bekanntheit der negativen gesundheitlichen Folgen für junge Menschen in Armut sollten früh ansetzende und zielgruppenbasiert zugeschnittene Maßnahmen der Gesundheitsförderung entwickelt und umgesetzt werden.

### **Gleichberechtigten Zugang aller Menschen zum Gesundheitssystem schaffen (Bund)**

Zentrale Leistungen des Gesundheitssystems sollten nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Daher sollten alle wichtigen Vorsorgeuntersuchungen und -behandlungen für alle jungen Menschen von den Krankenkassen gezahlt werden. Auch sollten Asylsuchende und Geduldete in die Krankenkassen aufgenommen werden und damit Zugang zu allen gesetzlichen Leistungen erhalten. Für eine Gleichbehandlung im Gesundheitssystem braucht es zuletzt die Einführung einer einheitlichen Bürgerversicherung.

### **Gesundheitliche Chancengleichheit in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft verankern (Bund/Land/Kommune)**

Das Thema Gesundheit muss ganzheitlich auch außerhalb der Gesundheitspolitik gedacht werden. Im Sinne eines Health-in-All-Policies-Ansatzes sollte gesundheitliche Chancengleichheit auf allen Ebenen und in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft verankert werden.